Nr. 411 • 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 68

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— Mk., monatl. 10,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16,50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin".

Abend-Ausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

20 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Kolonelzeile kostet 4,— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2,— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 4,— M. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 18. August 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Schwere Kämpfe in Kattowitz.

Die Neutralitätsaktion der Gewerkschaften und sozialistischen Parteien Oberschlesiens hat zu bedauerlichen Zusammenstößen zwischen den französischen Besatzungstruppen und der Bevölkerung von Kattowitz geführt. Aus den bisher vorliegenden Nachrichten, die ein abschließendes Urteil allerdings noch nicht zulassen, geht hervor, daß die Maßnahmen der Verwaltungsbehörden in Kattowitz stark provokatorisch wirken mußten. Es war nicht nötig, die Besatzungstruppen, gegen deren auffällige Vermehrung sich ja gerade der Protest richten sollte, an exponierter Stelle mit der Ueberwachung der Demonstration zu beauftragen, es war nicht nötig, die Sicherheitspolizei in dem Augenblick, in dem sie in Wirkung treten sollte, zu entwaffnen. Es bleibt zweifelhaft, ob die Umstände ein Einschreiten des französischen Militärs mit Maschinengewehren und Handgranaten erforderten.

Auf der anderen Seite allerdings muß das gewaltsame Vorgehen der Demonstranten verurteilt werden. Die Demonstration galt der Neutralität, sie war also indirekt gegen den Krieg gerichtet, war eine Friedenskundgebung. Allein, der Oberschlesier ist an und für sich leicht erregbar, das Verhalten der französischen Truppen hat die Bevölkerung seit langem gereizt, die Einführung von Sondergerichten hat nicht gerade beruhigend gewirkt und die polnische Abstimmungspropaganda mit deren Stoßtruppunternehmungen und Kriegervereinen (Sokols) hat ein übriges dazu getan, um eine stete Erregung in die politische Atmosphäre Oberschlesiens hineinzutragen. Das alles war auch den interalliierten Behörden bekannt und sie mußten mit diesen Faktoren rechnen. Wo das geschehen ist, sind die Demonstrationen, soweit Meldungen bisher aufliegen, ruhig verlaufen. Unschuldig an den Vorgängen in Kattowitz sind also die Organe der interalliierten Kommission auf keinen Fall.

Ueber den Verlauf der Ereignisse in Kattowitz herrscht vorläufig noch Unklarheit. Zur Stunde liegen folgende Meldungen vor:

Kattowitz, 18. August, 1 Uhr morgens. Man hört ununterbrochen Gewehr- und Handgranatenfeuer. Die Menge bemächtigte sich eines vor dem Hause der Interalliierten Kommission stehenden Automobils, ohne von den Besatzungstruppen daran gehindert zu werden. Angesichts der furchtbaren Lage verhandelt soeben ein französischer Offizier direkt mit der Menge und stellt die Auslieferung der Waffen in Aussicht. Von anderer Seite verlautet, daß die Besatzung bereit sei, die Waffen in die Obhut der Sicherheitsbeamten zu geben.

Generalstreik in Oberschlesien.

Beuthen, 18. August. (Bureau Dammert.) In ganz Oberschlesien ruht heute jeder Verkehr. Alle offiziellen und privaten Betriebe haben aus Protest gegen die Truppentransporte der Entente die Arbeit niedergelegt. Die Bewegung geht von den Gewerkschaften aus, die an die Entente die Forderung gestellt haben, die Truppentransporte durch Oberschlesien einzustellen. Gegenwärtig schweben noch Verhandlungen. Die Entscheidung ist noch nicht gefällt. Zu Ausschreitungen ist es außer in Kattowitz, Königshütte, Hindenburg und Rybnik nicht gekommen.

Erfolglose Verhandlungen.

Kattowitz, 17. August. Die Erregung hat ihren Höhepunkt erreicht. Größere und kleinere Trupps durchziehen unter dem Gesange der Wacht am Rhein die Straßen. Man sieht vereinzelte Zivilisten mit Gewehren.

Vor dem Hause der Interalliierten Kommission versammelte sich um 10½ Uhr abends eine unübersehbare Menschenmenge. Eine Abordnung der Gewerkschaften begab sich zu Oberst Blancart, dem Vorsitzenden der Interalliierten Kommission, der die Abordnung in Anwesenheit des französischen Militärbefehlshabers empfing. Die Abordnung bestand aus vier Gewerkschaftsvertretern. Sie unterbreitete die Forderung der Bevölkerung auf Entwaffnung der Besatzungstruppen unter Zusicherung freien Abzugs. Falls diese Forderung nicht bewilligt würde, müßte jede Verantwortung für die weiteren Ereignisse abgelehnt werden. Der Militärbefehlshaber erklärte, daß er lieber sterben würde, als diese Forderung erfüllen. Hierauf erwiderte einer der Gewerkschaftsvertreter: „Herr Oberst, Sie vergessen ganz und gar, daß der Krieg zu Ende ist. Sie berufen sich auf die militärische Ehre, vergessen aber, daß diese Ehre auch von der Sicherheitspolizei für sich in Anspruch genommen wird. Bei der Sicherheitspolizei haben Sie aber zum Teil die Entwaffnung durchgedrückt." Trotz dieses Einwandes beharrte man auf der Ablehnung. Die Verhandlungen wurden daraufhin abgebrochen.

Beim Verlassen des Hauses konnten die Vertreter der Bevölkerung feststellen, daß das Treppenhaus dicht besetzt war mit französischen Soldaten in feldmarschmäßiger Ausrüstung. Beim Heraustreten wurden Rufe laut: „Unsere Leute haben nichts erreicht! Waffen her, es geht zum Sturm!" Die Deputierten konnten nur mit großer Mühe sich einen Weg durch die Menge bahnen.

Um 11¼ Uhr war die Situation auf das äußerste gespannt. Die Vertreter der Bevölkerung versuchten, die Verhandlungen noch einmal zu erneuern, was ihnen auch gelungen ist.

Belagerungszustand und Panzerautos.

Kattowitz, 18. August. (W.T.B.) Von der Interalliierten Kommission ist über die Stadt Kattowitz der Belagerungszustand verhängt worden. Wahrscheinlich werden Zusammenrottungen verboten und die Polizeistunde auf 8 Uhr abends festgesetzt werden. Es soll eine Straßensperre ab 8 Uhr abends angeordnet werden.

Kattowitz, 18. August. (Bureau Dammert.) Hier herrscht zurzeit Ruhe, obgleich in der Bevölkerung sich noch immer eine starke Erregung zeigt. Französische Panzerautos durchfahren die Straßen. Starke Patrouillen sollen für die Sicherheit der Stadt sorgen. Der Hauptmann der Sicherheitswehr Kleist ist in der Nacht durch französisches Maschinengewehrfeuer getötet worden. Ueber die Vorgänge vom gestrigen Abend verlautet noch, daß die Menge gegen 9 Uhr abends die Wache in der Hardenbergstraße stürmte und sich mit Karabinern bewaffnete. Die Zahl der Toten ist noch nicht endgültig festgestellt. Man spricht von 18 Toten und etwa 70 Verwundeten, von denen die Mehrzahl der Sicherheitswehr angehören soll.

In der Nacht zum 18. August fanden in den ersten Morgenstunden örtliche Kämpfe statt. Sie nahmen ihren Ausgangspunkt in der Friedrichstraße und setzten sich in der Johannis-Querstraße fort. Auch Am Ring wurde lebhaft geschossen. Besonders hartnäckig wurde an der Johannis- und Hochstraße gekämpft. Die Kämpfe dauerten ungefähr bis ¾3 Uhr morgens. Um 8 Uhr morgens begann die Schießerei von neuem und setzte sich bis ¾4 Uhr fort. Beim Morgengrauen boten die Straßen, in denen gekämpft worden war, ein Bild wüstester Zerstörung. Zu einem schweren Kampf ist es auch in der Kaserne in der Nähe der Kronprinzenstraße gekommen, wo von beiden Seiten mit Gewehren, Maschinengewehren und Handgranaten gekämpft wurde.

Ruhe in Oppeln.

Oppeln, 17. August. Die Stadt ist bis 12 Uhr nachts ohne Licht und Wasser, sonst aber völlig ruhig.

Heute nachmittag wurden in einem Ententetransport, deklariert „Lebensmittel", Munitionskisten gefunden. Sonst war der Zug voll Hafer. Unter Begleitung von Eisenbahnern wurde der Zug nach Gleiwitz geleitet, wo er entladen und untersucht wird.

Der weitere Verlauf der Ereignisse hängt von den zurzeit stattfindenden Verhandlungen mit der Interalliierten Kommission ab.

•

Breslau, 18. August. Der „Schlesischen Zeitung" zufolge wurde bei den Unruhen in Rybnik der Polenführer Dr. Rosainski-Posen schwer verwundet.

Die irische Frage.

Amsterdam, 17. August. Einem englischen Blatte zufolge sagte Lloyd George in der gestrigen Unterhaussitzung noch, die Regierung habe folgende Bedingungen für jede Regelung der irischen Frage aufgestellt:

1. besondere Bedingungen für die sechs Grafschaften des nordöstlichen Ulster,
2. keine Abtrennung Irlands oder eines Teiles von Irland vom Vereinigten Königreiche,
3. keine Gefährdung Englands in Kriegszeiten.

Lloyd George fügte hinzu: Unter diesen Bedingungen sind wir bereit, jeden Vorschlag von Wortführern der irischen öffentlichen Meinung zu erwägen. Auf die Frage, ob Verhandlungen im Gange seien, erwiderte Lloyd George: Wir haben keine Antwort auf unsere Vorschläge von einer maßgebenden Seite erhalten.

Rotterdam, 17. August. Ramsay Macdonald sagte in einer Rede in Glasgow, der Aktionsausschuß habe beschlossen, sich auch mit der irischen Frage zu befassen. Eine besondere Kommission soll sich direkt mit dem irischen Volk in Verbindung setzen und als Ergebnis des Gedankenaustausches einen Vergleichsvorschlag machen.

Keine Munition für Danzig.

Amsterdam, 18. August. Der „Times"-Berichterstatter in Danzig meldet, daß Sir Reginald Tower eine Verfügung erlassen habe, nach der kein Schiff mit Munition nach Danzig einlaufen darf. Wenn ein solches doch ankäme, würde er die Frage dem Botschafterrat in Paris vorlegen. Der Dampfer „Juno", der am 14. August Antwerpen verlassen hatte und sich bereits in der Nähe von Danzig befindet, wurde angewiesen, auf See zu verbleiben.

Die Schmuggelgrenze.

Von Hermann Wäger.

Vor einigen Wochen hielt der Leiter des Landespolizeiamtes, Landgerichtsrat Dr. Falck, in einer Versammlung von Polizeibeamten in Duisburg einen Vortrag, worin er aufsehenerregende Enthüllungen über die Zustände an unserer westlichen Zollgrenze machte und hierbei seine Ansicht dahin zum Ausdruck brachte, daß für diese Zustände Berliner leitende Stellen verantwortlich zu machen wären, denen es offenbar am guten Willen fehle, hier eine Aenderung eintreten zu lassen.

Die in der Presse besprochenen Ausführungen Dr. Falcks führten zu „Kleinen Anfragen", die von den Rechts- und Mittelparteien in der preußischen Landesversammlung und im Reichstage eingebracht wurden. Aus der Fassung dieser „Kleinen Anfragen" ist nicht recht ersichtlich, ob sich ihre Spitze gegen Dr. Falck oder gegen die, für diese kritisierten Zustände verantwortlichen Regierungsstellen richtet. Man kann den Interpellanten nur raten, sich die Zustände an der westlichen Zollgrenze einmal selbst anzusehen, dann würden sie finden, daß die Darstellungen Dr. Falcks weit hinter der Wirklichkeit zurückstehen.

Ich habe anläßlich einer Reise in das besetzte Gebiet Gelegenheit genommen, mir die Zollgrenze einmal etwas genauer anzusehen und war geradezu entsetzt über die volkswirtschaftlichen und finanzpolitischen Folgen, die das Versagen unserer Zollbehörden haben müssen. Bei Kaldenkirchen an der holländischen Grenze werden täglich und stündlich Waren im Werte von Millionen nach Deutschland über die Grenze befördert, für die kein Zoll entrichtet wird. Ganze Strecken der an der Grenze befindlichen Felder sind von dem Auftreten der Schmugglerbanden, die sich stets aus mehreren hundert Männern, Frauen und Kindern zusammensetzen, festgetreten wie Chausseen. In der Hauptsache werden geschmuggelt: Tabak, Zigaretten, Kaffee und Tee. Der einzelne Schmuggler transportiert — wie wir feststellen konnten — durchschnittlich ½ Zentner Tabak, für den (sofern es sich um Feinschnitt handelt) 163 M. Zoll pro Pfund gezahlt werden müßte; für Rohtabak besteht ein Zoll von 35 M. für das Pfund.

Die Züge von den Grenzstationen nach München-Gladbach usw. befördern täglich Tausende von Männern, Frauen und Kindern, die geschmuggelte Waren aller Art in das Hinterland bringen. Unter anderem wurde von uns auf dem Bahnhof Kaldenkirchen ein fünfjähriges Mädchen festgestellt, das mehrmals in der Woche allein mit der Eisenbahn nach Kaldenkirchen kommt und Schmuggelwaren aus Holland befördert. Die Schmuggelbanden sind zum Teil hervorragend organisiert und treten mit einer Dreistigkeit auf, die Rückschlüsse auf die Ohnmacht der Zollbehörden und der Grenzpolizei zulassen.

Vor mehr als einem Vierteljahr wurden diese Dinge bereits mit der für die Zollbehörden zuständigen Reichsfinanzverwaltung besprochen und ihr angeboten, daß die ordentlichen Polizeibehörden dem Zoll zur Steuerung dieser Mißstände solange Unterstützung und Hilfsstellung gewähren solle, bis er selbst in der Lage sei, die Zollgrenze dicht zu machen. Die Reichsfinanzverwaltung lehnte diese Unterstützung ab mit der Motivierung, daß diese Aufgabe nur Sache ihrer Zollbehörden sei und die Polizei nichts anginge. Sie garantierten damals dafür, daß in spätestens 2—3 Monaten die Mißstände beseitigt und die Zollgrenze geschlossen sein würde. Sie hätte ausreichendes Personal und es fehle nur an Unterkunftsgelegenheiten für die einzustellenden Hilfszollaufseher. Die erforderlichen Unterkunftsmöglichkeiten würden jetzt geschaffen und damit erübrige sich die Notwendigkeit, die Zollverwaltung in ihren Aufgaben durch die ordentlichen Polizeibehörden zu unterstützen.

Bis heute hat die Reichsfinanzverwaltung nichts getan, um diese Zusicherungen einzulösen. Es ist alles beim Alten geblieben! Der Schmuggel blüht mehr denn je und die vorhandenen Zollbeamten stehen ihm machtlos gegenüber. So wie die Dinge heute liegen, muß sich bei ihnen die Auffassung bilden, daß es den verantwortlichen Stellen in Berlin angesichts dieses offenkundigen Skandals an dem nötigen Verantwortungsgefühl fehlt, wenn sie diese ihnen doch längst bekannten Dinge so weiter treiben lassen. Das muß auf die Dienstfreudigkeit und Moral dieser Beamten mit der Zeit geradezu verhängnisvoll wirken.

Die Reichszollverwaltung behauptet, gegenwärtig 6000 Zollaufseher und 3000 Hilfszollaufseher zu beschäftigen und will deren Zahl auf 15 000 erhöhen. Sie begründet damit ihren Widerstand gegen die angebotene Hilfeleistung durch die Wirtschaftspolizei der Einzelstaaten, insbesondere durch das Landespolizeiamt. Dabei müßte sich doch die Reichszollverwaltung ehrlicherweise eingestehen, daß sie niemals auf dem jetzt betretenen Wege zu diesem Ziel gelangen kann. Die Hilfszollaufseher sollen sich aus den Kreisen der Militäranwärter rekrutieren, die in der Hauptsache in den unbesetzten Gebieten beheimatet sind. Die Entente läßt aber nur linksrheinisch geborene Beamte zu. Ferner ist es auch vollkommen

ausgeschlossen, in absehbarer Zeit Unterkunftsmöglichkeiten für dieses Heer von Beamten zu schaffen und daher werden diese Hilfszollaufseher stets nur auf dem Papier stehen, aber niemals tatsächlich in die Erscheinung treten. Die Reichszollverwaltung bezahlt ihre Hilfszollaufseher mit 18 M. pro Tag, und wenn sie verheiratet sind, mit 24 M. Nach den Steuerabzügen und Abzügen für die soziale Versicherung bleiben den unverheirateten Hilfszollaufsehern pro Tag 15,28 M. Bei den an der Grenze herrschenden Teuerungsverhältnissen ist es natürlich vollkommen ausgeschlossen, daß mit solchen „Gehältern" ein Mensch auch nur notdürftig den Hunger stillen kann. Dabei beklagt sich die Reichsfinanzverwaltung, daß ihre Hilfszollaufseher bereits nach 8—14 Tagen den von ihnen angetretenen Posten verlassen und es vorziehen, anderweit lohnendere Beschäftigung zu suchen.

Wie mir von unterrichteter Seite mitgeteilt wurde, benutzen manche eingestellte Hilfszollaufseher ihre 1—2wöchige Tätigkeit lediglich dazu, den Zollbetrieb kennen zu lernen, um dann selbst auf Grund ihrer erworbenen Kenntnisse des Zollgrenzdienstes mit größerem Erfolg Schmuggel zu treiben. Die Zollbeamten tun ihr äußerstes, um dem Schmuggel entgegenzutreten, erklären aber durchweg, daß ihr Kampf gegen den Schmuggel völlig aussichtslos sei.

Die einzige Möglichkeit, mit diesen skandalösen Zuständen aufzuräumen, besteht darin, daß Vertreter der werktätigen Grenzbevölkerung zur Mitarbeit herangezogen werden, für die eine Unterkunftsfrage nicht mehr besteht. Die Bedenken der Reichsfinanzverwaltung hinsichtlich der Bestechlichkeit der Grenzbewohner werden hinfällig, wenn man bei der Einstellung dieser Hilfsbeamten nach der Praxis des Landespolizeiamtes verfährt, das mit den gewerkschaftlichen Organisationen direkt in Verbindung tritt und diesen die erste Auswahl langjährig erprobter und vertrauenswürdiger Mitglieder überläßt. Die Gewerkschaften übernehmen so gewissermaßen die moralische Garantie für die ausgewählten Vertrauensleute. Das Landespolizeiamt hat damit die besten Erfahrungen gemacht. Für derartige Löhne, wie sie gegenwärtig die Reichszollverwaltung bezahlt, ist natürlich kein Mensch — der ehrlich ist und ehrlich bleiben will — bereit, sich in den Dienst der Sache zu stellen.

Monatelang hat das Reichswirtschaftsministerium, dem diese Zustände an der Zollgrenze bekannt waren, mit dem Reichsfinanzministerium wegen einer Million Mark herumgehandelt, die dem Landespolizeiamt zur Verfügung gestellt werden sollte, damit es durch Einstellung von Gewerkschaftlern als Hilfspolizeibeamte den Zollbehörden die dringend erforderliche Hilfe gewähren sollte. Diese Verhandlungen sind zu keinem Ergebnis gekommen. Lieber gibt die Reichsfinanzverwaltung zu, daß dem Reiche täglich durch den Schmuggel unzählige Millionen an Einnahmen verloren gehen. Das Verhalten der Reichsfinanzverwaltung ist ein Schulbeispiel für die falsche Sparsamkeit, die wir gerade dort beobachten können, wo es sich um die Lebensinteressen des Reiches handelt. Wie man seinerzeit die sogenannte Rheinkontrolle erst dann errichtete, nachdem viele Milliarden unerwünschter Güter aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet eingeführt worden waren und durch diese wilde Einfuhr durch „das Loch im Westen" unsere Valuta den heutigen Tiefstand erreichte, so vertrödelt man jetzt Monate mit Kompetenzstreitigkeiten zwischen der Zollverwaltung und dem Reichsbeamtenapparat für Ein- und Ausfuhrbewilligungen und den ordentlichen Polizeibehörden und läßt dabei die deutsche Wirtschaft zugrunde gehen.

Die Helfer der Orgesch.

Völlige Blamage des Reichsministers Koch.

In ihrem Kesseltreiben gegen den Oberpräsidenten Hörsing hat die um Orgesch vereinigte Schar der Reaktionäre bisher folgende beachtenswerte Helfer gefunden: erstens einen noch unbekannten Revolverschützen, der auf den Regierungsrat Häntzschel, der die Aufdeckungsarbeit hauptsächlich leitet, einen Schuß aus dem Hinterhalt abfeuerte. Zweitens den Zuhälter Altmann, der auf Geheiß des Reichsanwalts Schaper gegen Oberpräsident Hörsing und Polizeipräsident Krüger sein berühmtes „Material" sammeln bzw. anfertigen mußte. Drittens den Reichsminister des Innern Koch, der mit seinem Brief an die kompromittierte „Magdeburger Zeitung" in der Schleusinger Angelegenheit Hörsing ein Bein zu stellen suchte.

Welche Hoffnungen die Rechtspresse auf den Revolverschützen und den Zuhälter setzte, verrät sie nicht öffentlich. Um so größer ist ihr offener Jubel, daß sie in dem „demokratischen" Reichsminister Koch einen Helfer gefunden zu haben glaubt. Schon sieht sie im Geiste Hörsing, vielleicht sogar den preußischen Innenminister Severing durch das Eingreifen des Reiches gestürzt. Soweit ist es freilich noch nicht, denn, wie die „D. A. Z." meldet, hat das Reichskabinett die bereits mitgeteilten Erklärungen Severings billigend zur Kenntnis genommen. Die „Post" jubelt über eine „völlige Blamage Hörsings". Wir sehen in der Angelegenheit nur einen Blamierten: den Reichsminister des Innern Koch, dem wir es überlassen, sich mit der Gesellschaft abzufinden, in die er durch sein blindwütiges Anrennen gegen Hörsing geraten ist.

Das Verhalten der Rechtspresse ist im übrigen dieser Gesellschaft vollauf würdig. Wir stellen fest, daß kein einziges der vielen reaktionären Blätter Berlins — mit einer geringfügigen Ausnahme in der „Kreuz-Zeitung" — auch nur eine einzige der zahllosen konkreten Tatsachen mitgeteilt hat, die in Magdeburg, Halle usw. ans Tageslicht gekommen sind. Mit ein paar unklaren Redensarten halten sie ihre Leser völlig im Dunkeln über die tatsächlichen Feststellungen und beteuern, nur fortgesetzt, daß diese gar nichts auf sich hätten. Dagegen publizieren sie sorgfältig alle Ausreden und Täuschungsmanöver der Bloßgestellten, die sie, wenn sie auch noch so deutlich den Stempel der Unwahrheit an der Stirn tragen, ihrem Publikum als die „Wahrheit über Magdeburg" servieren. Wie es gemacht wird, dafür bietet der „Lokal-Anzeiger" ein schönes Beispiel, der den Angriff der Reichswehrbrigade IV auf Hörsing wohl abgedruckt hat, über die vernichtende Gegenerklärung Hörsings aber mit der Bemerkung hinweggeht, daß ihre Wiedergabe „untunlich" sei. O ja, sehr untunlich allerdings für Leute, die der Welt die Wahrheit über die Orgesch-Machenschaften vorenthalten wollen!

Einen unerwarteten, aber natürlichen Bundesgenossen findet die reaktionäre Presse in der „Roten Fahne", für die natürlich auch die Behauptung der Orgeschleute maßgebend ist, daß Hörsing sich selber der Spitzelzentrale bedient habe. In dieser Behauptung, deren Quelle kein anderer als der Orgesch-Hauptmacher in Magdeburg, Herr Schaper ist, bemerken wir: Herr Schaper hat allerdings durch einen Mittelsmann dem Oberpräsidium Berichte angeboten unter ausdrücklichen Bedingung, daß sein Name dem Oberpräsidenten Hörsing nicht mitgeteilt werde. Diese Bedingung ist auch innegehalten worden. In einem Falle (Schleusinger) ist Hörsing dem Bericht, dessen Quelle ihm verschwiegen wurde, tatsächlich nachgegangen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, er habe alarmierende Mitteilungen ignoriert, obwohl er selber an die Richtigkeit des Berichtes nicht glaubte. Dieselben Blätter der Rechtspresse, die getobt hätten, wenn der Bericht wie viele andere in den Papierkorb gewandert wäre, sehen jetzt in dieser Sache einen Triumph. Wir haben Anlaß zu sachlichen Auseinandersetzungen mit diesen Herrschaften erst dann, wenn sie den Mut gefunden haben werden, auch nur den zehnten Teil der von uns einwandfrei festgestellten Tatsachen ihrem Leserkreis zu berichten.

*

Nach Meldung des „B. T." ist die Pistole, aus der auf den Regierungsrat Häntzschel in Magdeburg geschossen wurde, im Garnisonlazarett Magdeburg gefunden worden. Der Täter ist dagegen noch nicht ermittelt.

Orgesch-Verbot für Schleswig-Holstein.

Aus Kiel wird den P. P. N. mitgeteilt, daß der erste Oberpräsident, welcher auf Grund der Anweisungen des Ministers Severing ein Verbot der Orgesch erlassen hat, der Oberpräsident von Schleswig-Holstein, Kürbis, gewesen ist, der bereits am 27. Juli folgende Anordnung getroffen hat:

„Es muß in Zukunft lediglich Sache der Staatsregierung sein, die Ruhe und Ordnung mit den ihr zur Verfügung stehenden militärischen und polizeilichen Kräften aufrechtzuerhalten. Allen Organisationen der obenbezeichneten Art, insbesondere auch der sogenannten Escherich-Organisation, die in der Provinz Schleswig-Holstein Eingang zu finden sucht, ist nachdrücklich entgegenzutreten und die Bevölkerung über diesen Erlaß in Kenntnis zu setzen."

Im Anschluß an diesen Erlaß ist noch eine weitere Verfügung des Oberpräsidenten ergangen.

Politische Arbeiterräte.

Die „Rote Fahne" bemüht sich seit einiger Zeit, für die sofortige Einsetzung politischer Arbeiterräte Propaganda zu machen und findet hierbei offenbar starken Rückhalt in den Reihen ihrer Partei, wie überhaupt den Kommunisten angesichts des Vormarsches der russischen Armee der Blick für das politisch Mögliche wieder einmal verloren zu gehen scheint. Das fällt auf die Dauer selbst den Unabhängigen auf die Nerven. Die „Freiheit" bezeichnet die Wahl politischer Arbeiterräte im jetzigen Augenblick als eine „schädliche Organisationsspielerei" und fährt dann fort:

„Was jetzt not tut, ist nicht die Verzettelung der proletarischen Kraft auf neue organisatorische Gründungen, sondern die stärkere Zusammenfassung der bestehenden Organisationen zur Durchführung der dringendsten Aufgaben. Ein Anfang ist damit in dem gemeinsamen Aufruf der Gewerkschaften und der drei sozialistischen Parteien vom 7. August schon gemacht worden. Andere ähnliche Schritte müssen folgen, wenn das deutsche Proletariat das Bewußtsein haben soll, daß es nicht führerlos dem Ansturm der äußeren Ereignisse gegenübersteht. In dieser Richtung zu wirken, ist Aufgabe aller revolutionären Arbeiter in den Parteien, Gewerkschaften und Betrieben. Bei dem jetzigen Stande des organisatorischen Aufbaues ist es nicht notwendig, daß das Proletariat zur Schaffung einer gemeinsamen aktiven Spitze den Umweg über die politischen Arbeiterräte nehmen muß. Es kann vielmehr, ähnlich wie das englische Proletariat, die gewaltige ihm innewohnende Kraft in die Erscheinung bringen, indem es die bestehenden Organisationen zur gemeinsamen Aktion zusammenfaßt."

Die „Freiheit" sieht voraus, daß sich gegebenenfalls beträchtliche Teile der Arbeiter und Angestellten den Wahlen für politische Arbeiterräte fernhalten und in diesen Räten nicht autoritative Vertreter des Proletariats erblicken werden. Das sind Gesichtspunkte, die wir von Anfang an vertreten haben und die, wenn sie von vornherein von den Unabhängigen anerkannt worden wären, viel Verwirrung erspart hätten.

Transport oder Waffenschiebung?

Verhinderung eines Waffentransportes durch die Berliner Eisenbahner.

Zwischen dem Reichsministerium des Innern und den Berliner Eisenbahnern ist es, wie eine hiesige Korrespondenz meldet, wegen eines Waffentransportes nach Ostpreußen zu Differenzen gekommen, die bis zur Stunde noch nicht beigelegt sind. Am gestrigen Dienstag nachmittag sollten auf dem Stettiner Bahnhof 28 Waggons mit militärischen Ausrüstungsgegenständen und Waffen verladen werden, die über Stettin nach Königsberg gehen sollten und die nach den Ausweisen für die ostpreußische Sicherheitspolizei bestimmt waren.

Der Betriebsrat des Stettiner Bahnhofes beanstandete es, daß man für die Sicherheitspolizei 28 Waggons in Anspruch nehme, und verlangte eine Prüfung der Ausweise und der einzelnen Transportwagen. Die Eisenbahner stellten fest, daß neben Uniformen, Stiefeln usw. zirka **240 000 Schuß Infeanteriemunition, leichte und schwere Minenwerfer mit Munition, Handgranaten** usw. sich in den Wagen befanden. Der Transportführer Leutnant Tamschik von der

---

„Das freie Spiel der Kräfte!"

Direktor Kugler zog schwer an seiner Zigarre, sah verdrießlich aus dem Fenster über all' die Gebäude, Schuppen und Hallen, die sich bis an den Fluß erstreckten. Hier und da schob einer einen beladenen Karren von dieser zu jener Halle; dann und wann eilte ein Bote mit Zeichnung und Mappe über den Hof. Eine Lokomotive rangierte Wagen an Wagen. Schrille Pfiffe gellten und Arbeiter koppelten den Zug zusammen.

Im Nebenraum rasselten Schreibmaschinen. Junge Mädchen tippten nach Vorlage und Diktat. Laufburschen schleppten Akten und Zeichnungen ins Direktorenzimmer. Kugler aber wendete sich nicht. Er begann nervös auf der Fensterbank zu trommeln. Wie lange Merten auch heute auf sich warten ließ!

Ein Auto fuhr auf den Hof und hielt vor dem Verwaltungsgebäude. Merten sprang aus dem Verschlag und in wenigen Sekunden stand er im Zimmer. Die übliche Begrüßung und die beiden Direktoren saßen an ihrem Arbeitstisch gegenüber. Merten blätterte in Papieren, währenddem Kugler ihn fixierte. Schließlich räusperte er sich, und da sein Gegenüber aufsah, legte er los: „Das geht nicht so weiter, Dr. Merten; die Abschlüsse werden täglich flauer, das Unternehmen bringt nichts mehr, das heißt, nicht mehr genug. Generaldirektor Gruber ließ mich gestern zu sich bitten und eröffnete mir, daß sie mit dem Gedanken umgingen, das Werk zu schließen, es auf Abbruch zu stellen. Ein Angebot dahingehend ist bereits in der Fachpresse zu lesen."

Merten unterbrach: „Also fertige Tatsachen!"

„Das gerade nicht. Es heißt, man will sondieren. Sie wissen, in der letzten Aktionärversammlung war Unmut schon ob der zwanzig Prozent Dividende. Man hatte mehr gerechnet nach den noblen Jahren 17 und 19. Uebrigens, über die Hälfte aller Auslandsaufträge sind rückgängig gemacht worden." Kugler reichte etliche Briefe hinüber.

„Hm, Hm!" Merten nickte nachdenklich: „Schichtkürzung? Bleiben die Maschinen und Gebäude ungenützt, Arbeitsintensität läßt nach; die Auslandspreise müssen wir niedriger notieren, der Absatz stockt, man wartet ab und disponiert auf weiteren Sturz; Valutaschmerzen! . . ."

Die Unterredung war damit scheinbar versandet. Indessen wurden Kalkulationen aufgestellt, ein eifriges Wägen und Schätzen hob an, Konferenzen mit der Generaldirektion gepflogen, Dispositionen getroffen, bis eines Tages die Schichtkürzung zur Tat geworden. Die Arbeiter murrten; sie wurden von Kugler mit dem Einwand abgespeist, es sei nur vorübergehend, und fügten sich schließlich in der Hoffnung auf bessere Konjunktur.

Angebote kamen auf Abbruch, die Summen gingen in die Millionen; auf die Gebäude reflektierte die Nachbarfirma. Nach Wochen des Feilschens wurde der Handel mit einer Abbruchfirma perfekt, die Maschinen sollten ins Ausland, anderes als Altmaterial verschlagen werden.

Eines Sommertags fuhr der neue Direktor vor, den Feldzugsplan fix und fertig in der Tasche.

Eine Reihe von Angestellten, Arbeitern, Lehrlingen wurden entlassen; neue Aufträge abgewiesen, Maschine für Maschine abgerissen und verladen.

Die Arbeiter merkten auf, liefen Sturm, wurden vorstellig bei dem neuen Direktor. Der aber wehrte: „Nur das Allernotwendigste wird dem Betrieb entnommen. An Abbruch ist nicht zu denken. Wir haben mehrere Firmen aufgekauft: es ist das Produktionsumstellung, auf daß das Ganze wieder produktiv und rentabel wird."

Und wieder beschieden sich die Arbeiter, verhaltenen Zornes. Einige sprachen von alten geflügelten Worten: „Nur Arbeit kann uns retten", von der „Arbeitsunlust", in die man sie nun vom Neuem zwinge.

Und trotz der kühllächelnden Versicherung des anderen Direktors gingen die Maschinen ins Ausland, immer mehr Arbeiter verloren ihr Brot.

Da glaubten sie nicht mehr aalglatten Worten, sie gingen zum Ministerium, und bekamen den Bescheid: „Man werde sehen, was sich machen läßt; bestimmtes könne man jedoch nicht versprechen!" Die Ratgeber glaubten selbst nicht an den Erfolg.

Wie die Herren vom Ministerium nun versprochen beim neuen Direktor, war er höflich wie immer. Doch über sein Privateigentum habe immer noch er zu verfügen. Alle Einwände ob der volkswirtschaftlichen Schädigung, der wenig nationalen Handlung räumte er kühlrechnend aus dem Weg „von wegen dem größtmöglichsten Gewinn", der doch gewißlich noch Leitmotiv der derzeitigen Volkswirtschaft! Nicht, daß er dieses so wörtlich gesprochen, es war der langen Rede kurzer Sinn.

Schlagworte haben schließlich auch ihren tiefen Kern. So hörte ich's oft im letzten Jahr, das Wort vom „freien Spiel der Kräfte".

Das ist's ja, wie Figura zeigt! . . .

16. Juli 1920. W. Birnbaum.

Ein neues Verfahren zur Mottenbekämpfung. Der Schaden, den die Kleidermotte alljährlich unseren Wollvorräten zufügt, ist weitaus erheblicher, als die meisten Menschen wissen, da die Mottenraupen sich nicht nur mit den Fraßstellen der Löcher, in denen sie sich einspinnen, begnügen, sondern auch noch die feinen, weichen Oberflächenhärchen der Gewebe abfressen und dadurch die Wollstoffe noch ganz besonders schädigen. Mit den mannigfaltigen bisher bekannten Mottenvertilgungsmitteln wie Naphthalin, Kampfer, Pfeffer, Zeitungspapier u. dgl. erzielt man zwar gelegentlich ganz gute Erfolge, doch verlangen alle diese Methoden eine fast unablässige, sorgfältige Ueberwachung der vor den Motten zu sichernden Gegenstände. Auch das Klopfen und Lüften gewährt ebensowenig einen sicheren Schutz, wie das häufige Belichten, durch das man der Mottengefahr oft vorzubeugen sucht. In der Zeit zwischen Juni und September sind eben, ungeachtet aller Vorbeugungsmittel, alle in dunklen Räumen aufbewahrten Wollwaren in beständiger Gefahr von den Motten angegriffen zu werden.

Die Unzulänglichkeit aller bisher angewandten Methoden hat nun die Wissenschaft auf einen Weg geführt, der bis jetzt noch nicht beschritten war, nämlich zu einem Verfahren, das, wie Meckbach in der „Textilen Forschung" mitteilt, darin besteht, die Wolle selbst derart zu verändern, daß sie von vornherein von den Motten verschmäht wird. Einige — allerdings bedingte — Erfolge hat man bereits mit gewissen Färbungsmethoden erzielt, so z. B. mit der Eosinfärbung; doch blieben selbst im günstigsten Falle alle rein weißen Wollstoffe nach wie vor gefährdet. Neuerdings ist es nun aber gelungen, einen chemischen Stoff herzustellen, der, ähnlich wie die Farbe, der Wolle unmittelbar einverleibt wird, jedoch weit sicherer als jeder Farbstoff die Gewebe vor den Motten schützt. Da man mit dem neuen Mittel sowohl gefärbte wie auch ungefärbte Wolle imprägnieren kann, so ist es möglich, nicht nur den neuen Geweben, sondern auch älteren Stoffen einen zuverlässigen und dauernden Mottenschutz zu verleihen. Wäre es durchführbar, alle Wollgewebe derart zu imprägnieren, so wäre dadurch eine große Gefahr für unsere heute so kostbaren Wollbestände beseitigt.

„Der Floh im Panzerhaus". Wenn das kein Sommertheaterstück ist, hat es nie eins gegeben! In der ganzen Anlage wie in der einzelnen Gestaltung ist das Groteske Trumpf. Obendrein breitet eine ulkige Symbolik den Mantel der Tiefsinnigkeit darüber. (Weniger wäre mehr.) Aber die Hauptsache: in dem bombensicheren Narrenhaus bewegt sich eine höchst absonderliche Sammlung karrikierter Typen, die durch die Jagd auf einen mysteriösen Floh in lebhaften Gang versetzt werden. Am Ende ist das Menschlich-Allzumenschliche auch hier das Entscheidende. Die Neueinstudierung des Deutschen Theaters bot bei gestraffter Regie höchst Ergötzliches im richtigen Galopptempo. —r.

Das Schiller-Theater Charlottenburg eröffnet seine Winter-Spielzeit am 26. Aug. mit einer Neueinstudierung von Lessings „Nathan der Weise". Die Titelrolle spielt Max Paleca.

Frau Tux, die von der Staatsoper für kontraktbrüchig erklärt war, ist durch die Zahlung der Konventionalstrafe von 36 000 M. wieder bühnenfähig geworden. Sie wird nun in der neuen Opperette des Metropoltheaters „Das Hollandweibchen" auftreten können. Ihre Gage im neuen Engagement ist offenbar derartig, daß die Strafe sie nicht drückt. Die Operette soll am 4. September steigen.

Eröffnung der Akademie für soziale und praktische Medizin. Das Kuratorium der Akademie für soziale Hygiene und praktische Medizin hat sich in Charlottenburg konstituiert. Die Akademie hat den Charakter einer Hochschule. Die beiden anderen gleichartigen Akademien befinden sich in Düsseldorf und Breslau. Als Lehrkräften sind die Einrichtungen der Charlottenburger und Groß-Berliner Gesundheitsfürsorge in Aussicht genommen. Ausgezeichnete Lehrkräfte haben ihre Mitwirkung zugesagt. Am 15. November d. Js. beginnt der erste Lehrgang, der 4 Monate dauert. Die Zahl der obligatorischen Teilnehmer ist auf 30 beschränkt. Das Sekretariat der Akademie befindet sich im Krankenhause Charlottenburg-Westend.

Karl Ludwig Schleich, der bekannte Hygieniker und feinsinnige Schriftsteller, hat ein neues Buch geschrieben, das unter dem Titel „Das Problem des Todes" demnächst im Verlag Ernst Rowohlt in Berlin erscheint.

Im Kampf um Einstein. Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Naturforscher will einen Zyklus von ungefähr 20 Vorträgen abhalten, in denen Gelehrte gegen Einstein das Wort ergreifen werden. Die ersten Vorträge finden am 24. August und 2. September in der Philharmonie statt, wobei Paul Weyland-Berlin und E. Gehrke-Berlin, Kraus-Prag und Glaser-Berlin sprechen werden. (Die ganze Veranstaltung tritt von vornherein mit einer gewissen Animosität in Szene. Sicherlich sind die vielen und schwierigen Fragen, die die neue Relativitätstheorie aufgerührt hat, keineswegs erledigt. Aber mit bloßem „Für" und „Gegen" wird der Sache sicher nicht gedient.)

Sicherheitspolizei wies daraufhin die Ausweise des Reichsministeriums des Innern vor, aus denen hervorging, daß der aus 68 Güterwagen bestehende Zug nach Stettin geleitet und von dort mittels Dampfer nach Königsberg weiter geleitet werden solle. Trotzdem verweigerte der Betriebsrat die Abfahrt des Zuges und ließ zunächst sämtliche Wagen auf verschiedene Gleise bringen, wo sie von Eisenbahnern bewacht wurden.

Inzwischen war dem Bezirksbetriebsrat bei der Eisenbahndirektion Berlin Mitteilung gemacht worden und dieser berief eine Konferenz mit Vertretern der drei sozialistischen Parteien ein. Man kam zu dem Beschluß, den Zug nicht abgehen zu lassen. Vertreter der Eisenbahner begaben sich in das Ministerium des Innern und erkundigten sich dort, ob die ausgestellten Ausweise echt seien und ob der Inhalt des Zuges für die Sicherheitspolizei in Ostpreußen bestimmt sei. Den Eisenbahnern wurde mitgeteilt, daß der Transport die Genehmigung des Ministeriums habe und daß die Ausrüstungsgegenstände für 6000 Sicherheitspolizisten in Ostpreußen bestimmt seien. Trotz dieser amtlichen Erklärung weigerten sich die Eisenbahner, den Zug, der um 6 Uhr nachmittags Berlin verlassen sollte, zu befördern. Die Abgeordnete Frau Zietz begab sich ins Auswärtige Amt, um dort zu hören, ob dieser Behörde etwas von der Ausrüstung der Sicherheitspolizei in Ostpreußen bekannt sei. Obwohl Frau Zietz auch hier zustimmende Erklärungen zu denen des Ministeriums des Innern erhielt, haben die Eisenbahner die Abfertigung des Zuges bis zur Stunde verweigert. Sie erklärten, daß nach dem Versailler Friedensvertrag der Sicherheitspolizei Geschütze oder Minenwerfer nicht mehr zustünden und daß sie infolgedessen befürchteten, daß der Transport Königsberg überhaupt nicht erreiche, sondern unterwegs umgeladen werde. Die Verhandlungen dauern bei Schluß des Berichtes noch an.

Russische Niederlagen.

Warschau, 18. August. (TU.) Amtlicher polnischer Heeresbericht vom 17. August: Der Gegenangriff im Rayon von Modlin, der durch General Sigorski geführt wird, stößt auf erbitterten Widerstand des Feindes. Trotzdem geht unsere Kampfhandlung günstig weiter. Am 17. wurde Serock eingenommen. Die Beute der letzten Tage beträgt 2000 Gefangene, eine Anzahl von Maschinengewehren und ein großer Fuhrpark. Alle feindlichen Angriffe gegen die Verteidigungslinie der Hauptstadt sind erfolglos geblieben. Im Zusammenhang mit der Offensive des Zentrums ist auch der rechte Flügel der Warschauer Brückenkopfarmee zum Angriff übergegangen. Der mit Hilfe der Flanke geführte Angriff brachte uns in den Besitz des Städtchens Dembe-Wielke. Unsere Abteilungen bewegen sich weiter auf Nowo-Minsk zu.

Zentrum: Auf der ganzen Front von der Weichsel bis zum Bug gehen unsere Abteilungen mit vorzüglicher Bravour vor und treiben den Feind vor sich her, der panikartig zurückgeht. Die Divisionen des Generals Konarzewski, deren vordere Abteilungen bereits Nowo-Minsk erreicht haben, haben die 171. Sowjetbrigade zersprengt, ebenso Teile der 8. Sowjetdivision. Die Beute beläuft sich auf 7 Geschütze, 1000 Gefangene und einige Hundert Wagen. Heute, am 17., wurde Lukow von unseren Abteilungen besetzt. Der Feind zieht sich auf Siedlce zurück und läßt reichliche Beute in unseren Händen. Unsere Flieger konnten eine gewaltige Rückzugsbewegung des Feindes feststellen. Auf dem Südabschnitt des Zentrums wurde die 58. Sowjetdivision vollkommen zersprengt. Unsere Abteilungen drangen bis zum Bug vor und nahmen Wlodawe und Ranik. Die dort operierende Sowjetdivision ist abgeschnitten. Nach langen Kämpfen wurde der Feind entwaffnet und 26 Maschinengewehre erbeutet, 700 Gefangene gemacht, darunter der Führer einer Sowjetbrigade, ferner fiel zahlreiches Kriegsmaterial in unsere Hände. Der Führer der 2. Sowjetbrigade und der Zivilkommissar dieser Division fiel, ebenso wurde eine bolschewistische Brigade in der Gegend von Puhaczew zersprengt.

Südfront: Zwischen Bug und Lemberg spielen sich örtliche Kämpfe ab, in denen unsere Brigade hervorragende Arbeit verrichtete, dem angreifenden Feinde schwere Verluste zufügte und seine Kolonnen aufhielt.

Amsterdam, 18. August. Der „Times"-Korrespondent in Konstantinopel telegraphiert, daß ein großer Teil des Gebietes der Donkosaken nördlich Rostow seine Unabhängigkeit ausgerufen und ein Bündnis mit General Wrangel abgeschlossen hat. Es ist noch nicht bekannt, ob die Aufständischen bereits in Berührung mit Wrangels Hauptmacht sind.

•

Lloyd George hat in seiner Antwort an Kamenew auf dessen Denkschrift am 15. August erklärt, daß Wrangel nicht mehr unterstützt werden solle, wenn Polens Unabhängigkeit nicht bedroht werde.

Die neueste Leistung Millerands.

Ausweisung der englischen Arbeiterdelegierten aus Paris!

Die Delegierten der englischen Arbeiterpartei, Adamson und Goslin, die an den Verhandlungen der französischen Sozialisten teilnehmen sollten, sind von der französischen Regierung ausgewiesen worden und haben Paris am Dienstag spät abends verlassen. Am Nachmittag hat die sozialistische Kammerfraktion im Ministerium des Innern und im Ministerium des Aeußern vergeblich versucht, eine Verlängerung ihrer Aufenthaltsbewilligung zu erlangen.

Herr Millerand scheint von allen guten Geistern verlassen zu sein. Die Ausweisung der britischen Abordnung wird die stärkste Empörung nicht allein in der französischen, sondern auch, und was noch viel wichtiger ist, in der englischen Arbeiterklasse hervorrufen. Schrieb schon nach der Anerkennung Wrangels durch Millerand der „Daily Herald", das sozialistische Organ Londons, Frankreich sei jetzt der „tolle Hund Europas" geworden. Und wie erregt die Stimmung der englischen Arbeiterschaft gegenüber dem reaktionären Frankreich ist, geht aus den Reden hervor, die auf der außerordentlichen Tagung der „Labour Party" in London am vorigen Freitag von den Abgeordneten Adamson und Bevin, von dem Führer der Eisenbahner Thomas und dem Führer der Bergarbeiter Smillie gehalten wurden.

Bevin sagte:

„Das französische Auswärtige Amt scheint entschlossen, den Krieg mit Rußland in dieser oder in jener Form und um jeden Preis führen zu wollen. Wir erkennen den Anteil unseres großen Bundesgenossen im Weltkrieg an, aber wir erklären, daß er **nicht länger unser Meister in unserer auswärtigen Politik sein wird.**"

Thomas sprach:

„Wenn Frankreich den Krieg mit Rußland wünscht, so ist es seine Sache, wie es auch die Sache und die Pflicht des französischen Volkes ist, jede Aktion zu unternehmen, die es für nötig erachtet. **Wir jedenfalls sind nur zu lange im Schlepptau Frankreichs gewesen.**"

Schließlich sprach Smillie die folgenden weittragenden Drohungen aus:

„Wenn es Frankreich und Wrangel gelingen sollte, Rußlands Kohlenzufuhr abzuschneiden (durch die Besetzung des Donnetz-Reviers. Die Red.), würde es unsererseits zu weit gehen, Frankreichs Kohlenzufuhr zu unterbinden? Würde es Frankreich als einen unfreundlichen Akt betrachten können, **wenn die englischen Bergarbeiter daraufhin sich weigern würden, Kohle für Frankreich zu fördern, oder wenn die englischen Eisenbahner es ablehnen würden, Kohle nach Frankreich zu befördern?** Ob dies geschehe oder nicht, dies ist jedenfalls diejenige Aktion, die ich zu empfehlen geneigt bin."

Diese Ausführungen sind bezeichnend für die erregte Stimmung, in der sich die gesamte englische Arbeiterschaft gegenüber Frankreichs Ostpolitik befand, als Adamson, der Vorsitzende der Arbeiterfraktion im Unterhaus, und Goslin als Mitglieder des am Freitag gebildeten Aktionsausschusses der Arbeiterpartei nach Paris geschickt wurden, um mit der französischen C. G. T. (Gewerkschaftsbund) und der französischen sozialistischen Partei über gemeinsame Maßnahmen zur Verhinderung eines neuen Krieges zu beraten.

Indem Millerand den Befehl zur Ausweisung erließ, gab er, wie bisher in den meisten Fällen, dem erpresserischen Kesseltreiben der äußersten Reaktion, nämlich der „Action française" und des „Figaro" nach. Diese Schwäche könnte sich jedoch bitter rächen, denn auch Lloyd George wird es sehr peinlich empfinden, daß ihm Millerand Lehren darüber geben wolle, wie man die Arbeiterschaft behandeln müsse. Gerade in der Frage des polnisch-russischen Krieges hat der englische Premierminister stets Rücksicht auf die englische Arbeiterschaft genommen und deren Delegationen nicht nur immer empfangen, sondern zumeist nach deren Wünschen gehandelt.

Der „tolle Hund Europas" wird bald moralisch, wenn nicht sogar materiell vollständig isoliert in Europa dastehen, von Northcliffe und unseren Kontinentalpolitikern abgesehen.

Das Frauenstimmrecht in Amerika.

New York, 18. August. (TU.) Da das Frauenstimmrecht bereits in 35 Staaten angenommen ist — die Verfassung der Vereinigten Staaten erfordert die Annahme in 36 Staaten, damit eine Verfassungsänderung in allen Staaten Amerikas vorgenommen werden kann —, hängt es nunmehr von der bevorstehenden Abstimmung in Tennessee ab, ob 28 Millionen Frauen bei der Präsidentenwahl im September ihre Stimme abgeben können. Sollte dieser Fall eintreten, so ist der Ausgang der Wahl völlig unberechenbar. Die Demokraten halten sehr viel vom Frauenstimmrecht und begünstigen eine dahingehende Verfassungsänderung auf das äußerste. In republikanischen Kreisen ist man über das lange Schweigen Hardings zur Frage des Stimmrechts der Frauen sehr beunruhigt.

Die „Frankfurter Zeitung" ist im besetzten Kreise Königstein (Taunus) verboten worden.

Groß-Berlin

Gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Stellungnahme der Groß-Berliner Gemeinden.

Die Vertreter der Groß-Berliner Gemeinden und der Kreise Teltow und Niederbarnim nahmen zu der Frage der gänzlichen Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch Stellung. Eine sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft wurde als verfrüht bezeichnet. Vielmehr sei Vorbedingung eine energische Förderung der Viehaufzucht. Erst auf Grund der Ergebnisse derselben sei an die vollständige Aufhebung der Zwangswirtschaft zu denken. Folgender Antrag wurde dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft eingereicht:

Dem Vernehmen nach sind die Vorbereitungen in Angelegenheiten der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch bereits soweit gediehen, daß die zuständigen Stellen schon in allernächster Zeit darüber Beschluß fassen werden, ob die restlose Aufhebung für einen nahen Zeitpunkt in Aussicht genommen werden soll. Die Möglichkeit eines baldigen, sofort gänzlich freien Handels mit Vieh und Fleisch erfüllt uns mit größter Sorge, **da wir nicht in der Lage wären, die bisherige Fleischversorgung der Groß-Berliner Bevölkerung auch nur annähernd aufrechtzuerhalten.** Die Aufhebung der Zwangswirtschaft würde den Fortfall des Reichszuschusses für Verbilligung des Auslandsfleisches im Gefolge haben. Wir sind außerstande, diesen Zuschuß städtischerseits zu übernehmen, da er die Gemeinden mit ungezählten Millionen belasten würde. Des ferneren würden die von uns geschlossenen Schweinemastverträge ungültig werden, da sie nur für die Zeit der Zwangswirtschaft Geltung haben. Die Lieferungen der Viehhandelsverbände sind namentlich in letzter Zeit gänzlich unzureichend gewesen, und auch die Schweinemastverträge haben nicht das erwünschte Ergebnis gehabt, da die Lieferungen von Schweinen auf Grund dieser Verträge weit hinter den Festsetzungen zurückgeblieben sind. Auch würden sich Industrien und Konservenfabriken der freien Viehbestände bemächtigen, so daß die Städte für ihre Bevölkerung, namentlich für die minderbemittelte, nicht genügend Fleisch erhalten würden. Dieser Zustand würde sich nach und nach zur Unerträglichkeit steigern, wenn das jetzt vorhandene Schlachtvieh auf den Markt gebracht sein wird, was etwa gegen Weihnachten der Fall sein dürfte. Die Folgen wären unübersehbar, die Verantwortung dafür müssen wir ablehnen. Der Zeitpunkt für eine gänzliche Freigabe für Vieh und Fleisch erscheint uns gegenwärtig noch viel zu früh. Unseres Erachtens ist es notwendig, zunächst erst durch Beschaffung von Mastfutter und dessen Abgabe zu erschwinglichen Preisen die Viehproduktion, namentlich die Schweinezucht, energisch zu fördern. Erst dann, wenn sich der Erfolg hieraus für die Bevölkerung ausnutzen läßt, kann an einen weiteren Abbau der Zwangswirtschaft gedacht werden.

Wir stellen daher ergebenst den Antrag, von einer gänzlichen Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch noch Abstand zu nehmen und erst durch geeignete Maßnahmen die Viehaufzucht, namentlich die Schweinemast, energisch zu fördern.

Die Schuldfrage beim Hochbahnunglück.

Von einem Eisenbahnbetriebsbeamten, dem Leiter des Verbandes der Bahnhofs-Aufseher, Eisenbahn-Unterassistenten und Anwärter, wird uns zu der Aeußerung des Direktors der Hochbahngesellschaft Dettmar, daß den Weichensteller die Schuld an dem Hochbahnunglück träfe, geschrieben:

Nach den auch für die Hochbahn geltenden Vorschriften kann ein Signal erst dann auf „Freie Fahrt" gestellt werden, wenn die Vorbedingungen dazu erfüllt sind. Dazu gehört, daß zunächst alle Weichen richtig gestellt sind. Alsdann sind „feindliche" Weichen festzulegen, d. h. all solche Weichen, die aus anderen Fahrgleisen kommen und die betr. Zugfahrt gefährden könnten, sind in einer solchen Stellung elektrisch zu verriegeln, daß diese Gefährdung nicht eintreten kann. Sie sind in abweisende Stellung zu bringen. Erst jetzt kann das Signal auf „Fahrt" gestellt werden.

Jede Störung in den Anlagen soll sich dem Weichensteller durch eine elektrische Läutevorrichtung bemerkbar machen. Wäre die Anlage in Ordnung gewesen, könnte niemals eine Fahrtstraße für zwei sich kreuzende Züge gleichzeitig gestellt worden sein. Die Zeitungsberichte melden ja aber auch Reparaturarbeiten an den Weichen. Als festgestellt kann demnach gelten, daß die Läutevorrichtung außer Betrieb war. Alsdann muß es unmöglich sein, die Signale zu bedienen, wenn die Fahrstraßen, wie eben angegeben, nicht gesichert waren. Die mechanische Signalgebung war durch eine akustische, wie vorgeschrieben, zu ersetzen. Alle diese Bestimmungen sind in den Fahrdienstvorschriften und dem Signalbuch enthalten. Festgestellt werden muß zunächst, welche Reparaturarbeiten ausgeführt wurden. Waren die Weichen und Signale ohne Abhängigkeit von einander? Wenn ja, war der Weichensteller davon unterrichtet, event. hatte er seine Zustimmung dazu gegeben? Beaufsichtigte diese betriebsgefährlichen Arbeiten ein Bahnmeister, oder ließ man die Verantwortung hierfür einfach einen kleinen, schlechtbezahlten Unterbeamten tragen?

Vor allem, hatte die Verwaltung das notwendige Verstärkungspersonal gestellt, oder sollte der Weichensteller die sich aus den Reparaturarbeiten ergebenden, ganz erheblichen Mehrarbeiten so nebenbei, aus dem Handgelenk, auch noch verrichten? Hierin wird verwaltungsseitig am meisten gesündigt. Personal fehlt bei solchen Reparaturarbeiten stets.

Die Höchstgrenze für Mietsteigerungen.

Der Wohnungsverband Groß-Berlin teilt mit: Die im § 1 der Verbandsverordnung vom 14. April 1920 festgesetzte Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen wird von 20 auf 30 Proz. für Fabrikräume in Wohngebäuden von 30 auf 40 Proz., für Geschäfts- und Industriehäuser von 40 auf 50 Proz., und für Läden mit über 2400 M. Mietwert von 30 auf 40 Proz. erhöht. Diese Verordnung tritt am 22. August in Kraft. Laufende Verträge werden von ihr nicht berührt. — Durch Beschluß des Wohnungsverbandes Groß-Berlin vom 8. Juli 1920 ist der für die Vierteljahrsvorschüsse der Mieter maßgebende mittlere Kohlenpreis für das Vierteljahr Juli—September 1920 auf 24 M. festgesetzt worden.

Zur Reformierung des Berliner Fachschulwesens.

Die vereinigten Schülerausschüsse der städtischen höheren Fachschulen in Berlin hatten die Vertreter der technischen Berufe, des Fachschulwesens und der Presse zu einer Besprechung über die dringendsten Reformen des Berliner Fachschulwesens eingeladen. Die Forderungen der Schülerschaft, die sich im wesentlichen aus 20- bis 25jährigen Männern zusammensetzt, gehen vor allem auf eine Trennung des Fach- und Fortbildungsschulwesens, auf die Umgestaltung der fast mittelalterlichen Schulordnung, die das preußische Handelsministerium im März dieses (!) Jahres herausgegeben hat, und auf die praktische Mitarbeit von Vertretern der Schülerschaft in den Deputationen usw. Die anwesenden Vertreter der Organisationen stimmten den berechtigten Forderungen der Schülerschaft in vollem Umfange zu und gingen in ihren Reformvorschlägen zum Teil noch ein gut Stück darüber hinaus.

Die einstimmig angenommene Entschließung betont, daß die Bedeutung des Fachschulwesens bisher, namentlich auch auf der Reichsschulkonferenz, nicht genügend gewürdigt worden sei und gibt dann der Hoffnung Ausdruck, daß die neue Stadtgemeinde Berlin bei der notwendigen Umbildung des Fachschulwesens die Verwaltung der Pflichtfortbildungsschulen von der der Fachschulen trennen werde, um eine gewerbliche und fachmännische Leitung sicherzustellen und den veralteten Schulgeist durch einen freien und schöpferischen Geist zu ersetzen. Weiter wird an Stelle der preußischen Schulordnung vom 25. März 1920 eine neue, vom Geiste des Mitbestimmungsrechts und der Selbstverantwortung der Schüler getragene Schulordnung für Groß-Berlin gefordert sowie die Heranziehung von Vertretern der Schülerschaften zur Mitarbeit in der Deputation und in den Kuratorien. Vom Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium erwartet die Konferenz, daß vor der Neuregelung Vertreter der vereinigten Schülerausschüsse gehört werden, damit ein objektiver Einblick in den Willen und die Gründe der Schülerschaft gewonnen werden kann.

Aus dem Tegeler See wurde die Leiche eines unbekannten Mannes gelandet, die etwa 4 Wochen im Wasser gelegen haben kann. Der nach der Tegeler Friedhofshalle gebrachte Tote ist 30 bis 35 Jahre alt, mittelgroß, kräftig, kartlos, hat braunes Haar und ist bekleidet mit schwarzem Rock und gleicher Hose, weißem Oberhemd mit der Firma „Leinenhaus Bielschowsky, Breslau", schwarzen Schnürschuhen, dunkelgrünem Belourhut mit Goldinschrift: „Robert Schuppe, Breslau". In seinen Taschen hatte er einige Fünfzigpfennigscheine der Stadt Breslau. Anscheinend liegt Selbstmord vor. Kenner des Toten wollen sich bei der Tegeler Kriminalpolizei melden.

Die Deutsche Friedensgesellschaft (Hauptgeschäftsstelle Berlin W. 57, Potsdamer Str. 75) hält ihre diesjährige Generalversammlung in Verbindung mit dem vom 1. bis 3. Oktober stattfindenden 9. Deutschen Pazifistenkongreß am 30. September in Braunschweig ab. Auf der Tagesordnung steht neben den verschiedenen Berichten, Neuwahlen, auch die nationale und internationale Entwaffnungsfrage.

Der Republikanische Führerbund, Ortsgruppe Berlin, veranstaltet am Sonnabend, den 21. August, nachmittags 3 Uhr, im Landesausstellungspark am Lehrter Bahnhof ein Sommerfest zum Besten, der noch in den Berliner Lazaretten befindlichen Schwer-Kriegsbeschädigten. Die große Kunstausstellung kann an diesem Tage von den Festteilnehmern besichtigt werden. Außerdem ist für Zerstreuung jeglicher Art gesorgt. Konzert, Kabarett, Tanz, Kino im Freien und eine Tombola, zu der von den ersten Häusern zahlreiche Spenden eingegangen sind, werden es ermöglichen unseren Schwer-Kriegsbeschädigten einen recht angenehmen Tag verleben zu lassen. Eintrittskarten zum Preise von 2,50 M. sind in der Geschäftsstelle des Bundes und der Ortsgruppe, Luisenstr. 31 b, und Köpenicker Straße 64 a sowie an den Theaterkassen der Firma A. Wertheim zu haben. Für die Bewirtung der eingeladenen Kriegsinvaliden werden noch Spenden auf der Geschäftsstelle des Bundes, Luisenstraße 31 b, entgegengenommen.

Verein heimattreuer Oberschlesier, Ortsgruppe Neukölln. Am Freitag, den 20. d. M., findet ein Oberschlesisches Gartenfest bei Happoli Hasenheide, statt. Alle Landsleute sind hiermit herzlich eingeladen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 19. August:

Steglitz. Elternbeiräte. 7 Uhr im Gymnasium: Gemeinsame Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der S. P. D. und U. S. P.

Röntgental-Copernick. Der Jahlabend findet nicht wie bekanntgegeben am 19., sondern am 26. d. M. statt.

Sport.

Ringkämpfe in der Schloßbrauerei Schöneberg. Der gestrige Abend wurde fast vollständig durch den Entscheidungskampf Schwarz-De Souza ausgefüllt. Erst nach 1 Stunde 27 Min. gelang es Schwarz, den ziemlich unfair ringenden Neger durch verkehrten Armzug, derselbe Griff, welchem Anglio vor einigen Tagen zum Opfer fiel, auf beide Schultern zu bringen. Bis zur Polizeistunde rangen dann noch Petitjean-Ritzler ohne Resultat. — Heute findet der Entscheidungskampf Weber-Ritzler statt, außerdem ringen Schachschneider-Petitjean und Hochdanen gegen De Souza.

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaften und Arbeitslosigkeit.

Mit der produktiven Erwerbslosenunterstützung beschäftigte sich eine Sitzung der Gewerkschaftsvertreter unter Leitung der Berliner Gewerkschaftskommission durch einen Vortrag des Genossen Körsten, dem Leiter des Arbeitsbeschaffungsamts beim Landesarbeitsamt Berlin. Zunächst berührte Körsten in seinem Vortrage die Auszahlung der Sonderunterstützung durch das Reich an die Erwerbslosen, die in nachstehender Weise erfolgen soll: Bei Arbeitslosigkeit von länger als 60 Tagen 8 Tagessätze, bei 90 Tagen 10 Tagessätze, bei 120 Tagen 12 Tagessätze, bei 150 Tagen 15 Tagessätze, bei 180 Tagen und mehr 18 Tagessätze.

Er führte weiter aus, daß er der Ansicht sei, daß die Arbeitszeit allgemein auf 24 Stunden herabgesetzt werden müsse und alles daran gesetzt werde, um Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Vor allen Dingen seien die Gewerkschaften die berufensten Organisationen dazu, dem Landesarbeitsamt Mitteilungen von Arbeitsmöglichkeiten zu übermitteln. Das Landesarbeitsamt werde dann diese von den Gewerkschaften gemachten Vorschläge auch wirklich dazu benutzen, nun endlich einmal etwas Positives in der Erwerbslosenfrage vorzunehmen. In bezug auf die Beschäftigung von Berliner Arbeitern auf dem Lande sei er durch besondere Kenntnisse der Landwirtschaft doch zu einer anderen Ansicht gekommen. Nicht jeder eigne sich für diese Tätigkeit. Es käme auch hinzu, daß die wohnlichen Verhältnisse auf dem Lande vielfach miserabel seien. Außerdem sei bedauerlich, daß die Gutsbesitzer lieber Polen beschäftigen, während die deutsche Arbeiterschaft arbeitslos sei. Hierin müsse selbstverständlich eine Aenderung vorgenommen werden. Genosse Körsten gibt weiter bekannt, daß auch 1000 Arbeiter in den Schwäbischen Jura verlangt würden zum Bau einer 230 Kilometer langen Straße über den Jura. Alles dies sei allerdings bei den 80 000 Arbeitslosen in Berlin nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Großzügig müsse die Torfgewinnung vom Reich und Staat in die Wege geleitet werden. — Bei den beschäftigten Doppelexistenzen sei nunmehr ein Verdienst von 750 M. festgesetzt, der allerdings zu niedrig wäre, weil dadurch allzu große Härten entständen. Redner bedauert ferner, daß die Berliner Postanstalten sich Postillione vom Lande heranholten, obwohl hier genügend Transportarbeiter und Kutscher frei wären.

In der Diskussion wurden von den verschiedensten Vertretern allerlei Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung dargelegt. So von Kraatz (Metallarbeiterverband), Ortmann (Transportarbeiterverband) und Gallas (Musikerverband). Letzterer wies vor allem auf die skandalöse Tatsache hin, daß Beamtenorchester und die Musikkapellen der Sicherheits- und Reichswehr den Musikern die Arbeit fortnehmen. Vorstellungen bei den Behörden seien erfolglos gewesen.

Erzwingung des Preisabbaus durch Generalstreik.

Am Dienstagabend fand eine Delegiertenversammlung der freien Gewerkschaften und der Fachräte der 12 Industriegruppen der Münchener Betriebsräte statt. In dieser wurde einstimmig beschlossen, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund den Antrag zu überreichen, der Reichsregierung ein Ultimatum zu stellen, den Preisabbau herbeizuführen. Sollte die Reichsregierung ablehnen, so ist der Gewerkschaftsbund verpflichtet, die politischen Parteien sofort zum Generalstreik aufzurufen, um auf diese Weise die Regierung zu zwingen, den Preisabbau vorzunehmen.

So einfach, wie die Münchener Versammlung es sich darstellt, ist das Problem des Preisabbaus wohl doch nicht. Jedenfalls aber zeigt der Beschluß, welche Erregung sich der Arbeiterschaft bemächtigt hat angesichts der Tatsache, daß Lohn- und Lebenskosten auch bei den gestiegenen Löhnen in klaffendem Widerspruch stehen. Und dabei verlangen Fanatiker des Profits bereits jetzt Abbau der Löhne und versuchen, diese Forderung in die Tat umzusetzen.

Christliche Gewerkschaftsprinzipien.

Essen, 18. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Zurzeit tagt in Essen die 9. Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes. In einem Referat sprach sich der Zentralvorsitzende dieses Verbandes u. a. für die Aufhebung des Achtstundentages und gegen jede weitere Lohnerhöhung aus.

Der Deutsche Metallarbeiterverband berief darauf am Dienstag eine Mitgliederversammlung ein, um gegen diese Ausführungen Stellung zu nehmen. Die von etwa 8000 Personen besuchte Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der dem christlichen Gewerkschaftler das Recht abgesprochen wird, für die deutschen Metallarbeiter zu sprechen. Seine Ausführungen, bei längerer Arbeitszeit auf weitere Lohnerhöhungen zu verzichten, werden als Verrat an der Arbeiterschaft bezeichnet. Es wird als ein Schlag ins Gesicht empfunden, daß ein Gewerkschaftler derartige Forderungen zu einer Zeit stellt, da sich die Essener Metallarbeiter in einer Lohnbewegung befinden. Dieser Umstand hätte dem Herrn bekannt sein müssen. Auch der übrigen Arbeiterschaft hat sich eine große Erregung bemächtigt.

Protestversammlung der Portiers, Fahrstuhlführer und Hausreiniger.

Die Portiers und Hausreiniger gehören selbst in den Fällen, wo sie ihre Tätigkeit nicht nebenher, sondern als Beruf ausüben, immer noch zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitergruppen. Es konnte schon als ein begrüßenswerter Fortschritt angesehen werden, daß es dem Transportarbeiterverband vor Jahresfrist gelungen ist, mit dem Bund der Grundbesitzervereine einen Tarifvertrag abzuschließen, der für vollbeschäftigte Berufsportiers Monatslöhne von 320 bis 360 M. vorsieht. Der Tarif ist abgelaufen und soll, einem Spruch des Schlichtungsausschusses zufolge, bis zum 20. August erneuert werden. Gefordert wird für einen vollbeschäftigten Portier nebst Frau ein Monatslohn von 1000 M. Die Hausbesitzer wollen aber nur 10 Prozent auf die alten Tariflöhne zulegen. Die Verhandlungen mit dem Bund der Haus- und Grundbesitzervereine sind noch nicht abgeschlossen, aber es hat den Anschein, als ob sie nicht zu einem die Arbeitnehmer befriedigenden Ergebnis führen werden. Jedenfalls haben sich die Vertreter der Hausbesitzer bis jetzt wenig entgegenkommend gezeigt.

Um den Forderungen der Portiers usw. Nachdruck zu geben, fand am Dienstag eine Protestversammlung in den Zentralfestsälen statt, die so stark besucht war, daß eine Parallelversammlung im Garten des Lokals abgehalten werden mußte, die ebenso wie der Saal überfüllt war.

Die Redner schilderten die überaus schlechte wirtschaftliche Lage der Portiers, Hausreiniger usw. und illustrierten ihre Angaben durch zahlreiche Tatsachen. Es wurde betont, daß nur durch solidarisches Zusammenhalten der Berufsangehörigen etwas erreicht werden kann und daß man nötigenfalls auch die gewerkschaftlichen Kampfmittel in Anwendung bringen werde, um für eine äußerst gedrückte Arbeiterschicht endlich menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. — Ein Vertreter der Ortsgruppe Lichtenberg des Mieterbundes erklärte, seine Organisation bekunde den hier dargelegten Bestrebungen die wärmste Sympathie.

Charlottenburger Gewerkschaftskommission. In der am 16. August abgehaltenen Plenarsitzung erstattete zunächst der Obmann der Gewerbegerichtsbeisitzer Max Bernhardt Bericht über die Tätigkeit des Charlottenburger Gewerbegerichts im verflossenen Berichtsjahre vom 1. April 1919 bis 3. März 1920. In dieser Zeit wurden 112 Terminstage mit 1144 Streitfällen abgehalten. Zum Schluß ersuchte Bernhardt, bei den bevorstehenden Wahlen alle Kraft anzuwenden, um möglichst viele Vertreter der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft als Beisitzer in das Gewerbegericht zu senden. An der Diskussion beteiligten sich Termichel (Gastwirtsgehilfe) und Schwiegk (Musiker). Der Vorsitzende Flemming ersuchte die Gewerkschaftsvertreter, die Kandidatenfrage und die Agitation für die Wahlen ernst ins Auge zu fassen, damit die Gewerkschaften gerüstet dastehen. Bei den Wahlen zum Kaufmannsgericht dürften wir uns großen Hoffnungen nicht hingeben, denn der Zentralverband der Angestellten hält schon seit geraumer Zeit keine Versammlungen mehr am Orte ab. Dies wird sich bei den Wahlen rächen, zumal in Charlottenburg die Nationalen und Hirsch-Dunckerschen Handlungsgehilfenvereine dominieren. — Alsdann trat die Versammlung in eine Besprechung über die am Ort herrschende große Arbeitslosigkeit ein. Die Aussprache endete mit der Ueberweisung der Angelegenheit an den Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend, da sie als Zentralinstanz die nötigen Schritte in dieser Sache bei der am 1. Oktober in Kraft tretenden neuen Stadtgemeinde Berlin tun müsse.

„Betriebsrätezeitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes." Der Inhalt der 16seitig erschienenen Augustnummer der Zeitschrift bietet wieder ein reichhaltiges Material aus allen Gebieten der Betriebsrätebewegung. Einleitend behandelt ein instruktiver Artikel den Aufbau der Fachgruppen. Daneben werden in besonderen Artikeln die Betriebsräte der Reichseisenbahn, die Handelsauskunftei und die buchhalterische Darstellung der Vermögensbestandteile behandelt. In den Rubriken Wirtschaftsgeschichte, Gesetz und Recht, Statistik, Weltwirtschaft, Betriebswissenschaft, Finanzwirtschaft, Technik, Schule und Hochschule und Bücherschau finden unsere Betriebs- und Arbeiterräte ein instruktives Tatsachenmaterial, das ihnen ein wirkungsvolles Arbeiten im Betriebsrat und bei den Verhandlungen mit den Betriebsführern erleichtert. Die „Betriebsrätezeitung des A. D. G. B." kann bei jeder Postanstalt zum Preise von 3 M. vierteljährlich bestellt werden.

Graphisches Kartell. Freitag, den 20. August, nachm. 5 Uhr, in der Bockbrauerei, Fidicinstr. 2: Betriebsräteversammlung der graphischen Gewerbe.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Sektion 5, Industriearbeiter. Obleute, Vertrauensleute, Betriebsräte und Generalversammlungsdelegierte! Montag, den 23. August 1920, nachmittags 5½ Uhr, in der Aula der Sophien-Schule, Weinmeisterstr. 16—17: Allgemeine Funktionärkonferenz.

Wirtschaft

Die Fusion Gelsenkirchen und Deutsch-Luxemburg.

Wie wir bereits berichteten („Vorwärts" Nr. 340 vom 7. Juli), war eine enge Interessengemeinschaft zwischen der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft und der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft seit einiger Zeit geplant. Der Interessengemeinschaftsvertrag kam nun Dienstag auf der ordentlichen Generalversammlung der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. zur Sprache und wurde dort einstimmig angenommen. Ueber die Grundzüge des Vertrages haben wir bei Bekanntwerden des Projektes nähere Mitteilungen gemacht. In der Generalversammlung von Gelsenkirchen betonte der Vorsitzende Dr. Arthur Salomonsohn, daß es der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. vor allem darum zu tun gewesen sei, sich einem Unternehmen mit starker Erzbasis anzugliedern, da sie sonst nach Verlust ihrer Eisenwerke sich zu einem reinen Kohlenunternehmen hätte zurückentwickeln müssen. Der Zusammenschluß der Unternehmungen mit Deutsch-Luxemburg ging von diesem zum Stinneskonzern gehörigen Unternehmen aus. Die Interessengemeinschaft trägt trotz dieses Namens alle sachlichen Merkmale einer Fusion. Wie Dr. Salomonsohn bemerkte, war die Durchführung einer vollen Fusion deshalb unmöglich, weil die steuerliche Belastung für die Zusammenlegung von Unternehmungen, besonders mit großem Grundbesitz, viel zu groß sei. Um die Einheitlichkeit beider Unternehmungen herbeizuführen, ist die Errichtung einer gemeinsamen Obergesellschaft, der Rhein-Elbe-Union G. m. b. H. vorgesehen, die alle Rechte erhält, um die Geschäftskontrolle über beide Gesellschaften auszuüben. In Streitfällen fällt die oberste Entscheidung der Gemeinschaftsrat, der aus den Geschäftsführern der Rhein-Elbe-Union besteht und durch je drei Vertreter aus der Direktion oder dem Aufsichtsrat der beiden Aktiengesellschaften ergänzt wird.

Durch den Zusammenschluß wird es nach den Ausführungen des Geheimrats Kirdorf ermöglicht, die Rohstoffe und Halbfabrikate beider Gesellschaften fast in vollem Umfange in den eigenen Betrieben der Gesellschaft zu verarbeiten und die Ausfuhr auf höherwertige Fertigerzeugnisse einzustellen. Die Gesellschaften beaufsichtigen sich sozusagen gegenseitig, indem drei Mitglieder des Vorstandes von Deutsch-Luxemburg in den Vorstand von Gelsenkirchen und umgekehrt drei Vorstandsmitglieder von Gelsenkirchen in den von Deutsch-Luxemburg gewählt werden, die gleichzeitig die Geschäftsführer der Obergesellschaft Rhein-Elbe-Union sind. Beide Aktiengesellschaften stimmen ihr Aktienkapital auf je 180 Millionen Mark ab, nehmen Kapitalerhöhungen nur mit Zustimmung des Gemeinschaftsrates vor, stellen ihre Abschlüsse gemeinsam durch die Rhein-Elbe-Union her, lassen ihre Abschreibungen durch den Gemeinschaftsrat festsetzen, verteilen den Endgewinn zu je 50 Proz., berechnen einander bei Inanspruchnahme von Leihkapital keine Zinsen — kurz, sie sind auf das engste miteinander verknüpft, und wenn noch von einer Wahrung der Selbständigkeit bei der Unternehmung die Rede war, so ist es doch sehr fraglich, wie überhaupt ein Beschluß oder eine wirtschaftliche Maßnahme ohne weitestgehende Berücksichtigung der anderen Gesellschaft möglich ist. Es handelt sich also hier tatsächlich um eine Fusion, bei der lediglich die äußeren Formen der Besitzübertragung nicht vollzogen sind, während die Verteilung der Rechtsansprüche auf der Gemeinschaftsgrundlage peinlich genau erfolgt ist, so daß beide Gesellschaften unter der Oberleitung der Rhein-Elbe-Union ein Scheindasein weiterführen. Daß hier eine Fusion vorliegt, geht auch aus der Dauer des Abkommens hervor: es ist auf 80 Jahre abgeschlossen; einer Auflösung der Gemeinschaft sind wirksame Hemmnisse in den Weg gelegt. Da die eigenartige Rechtsform des Gemeinschaftsbetriebes nach dem Eingeständnis des Herrn Dr. Salomonsohn in der Absicht der Umgehung von Steuern gewählt wurde, bleibt für die zuständigen Finanzbehörden die Frage, wie sie denn solchen offenbaren Steuerumgehungen, bei denen Millionenwerte in Frage kommen, vorbeugen will; das um so mehr, als der Gemeinschaftsvertrag die Aufnahme weiterer Mitglieder vorsieht.

Produktionstechnisch bedeutet der Zusammenschluß Gelsenkirchen und Deutsch-Luxemburg zweifellos einen Fortschritt. Für die Beurteilung seiner gemeinwirtschaftlichen Wirkung ist es nicht unwesentlich, daß die Rhein-Elbe-Union, d. i. die Direktion der vereinigten Gelsenkirchen-Deutsch-Luxemburg-Werke eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung für sich ist, also außerhalb des Einflusses des Betriebsrates der beiden Werke steht. Die Arbeiterinteressen kommen — wenn überhaupt — so nur auf einem Umweg über die Betriebsräte der Werke zur Geltung. Es ist also ein rein kapitalistischer Trust, dessen Grund in der neuen Interessengemeinschaft gelegt wurde, und als solcher noch weit von der Erfüllung derjenigen Anforderungen entfernt, die wir an gemeinwirtschaftliche Unternehmungsformen stellen. Das muß nachdrücklich betont werden, ohne dabei zu verkennen, daß die fortschreitende Konzentration einer Verwirklichung der Sozialisierung vorarbeitet, und daß die wirtschaftlichere Betriebsführung, die durch die Vertrustung herbeigeführt wird, in der heutigen Wirtschaft ein dringendes Erfordernis ist.

Wissenschaftliche Förderung der Textilindustrie. Die vom Reichskuratorium zur wissenschaftlichen Förderung der deutschen Textilindustrie aufgestellte Satzung ist vom Reichswirtschaftsminister genehmigt worden und wird im „Reichsanzeiger" veröffentlicht.

Keine weitere Verstaatlichung des sächsischen Bergbaus. Eine Anfrage aus der Nationalversammlung hierüber ist vom Reichswirtschaftsministerium wie folgt beantwortet worden: Auf die in der Anfrage angezogenen Zeitungsnachrichten hin hat das Reichswirtschaftsministerium eine Anfrage an das sächsische Wirtschaftsministerium gerichtet, auf welche dieses unter dem 20. Juli d. J. antwortete, „daß die Frage einer besonderen gesetzlichen Regelung der Verstaatlichung des Kohlenbergbaus in Sachsen erörtert worden ist, daß aber die sächsische Regierung zurzeit davon Abstand genommen hat, diesen Plan weiter zu verfolgen".

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: H. Lepère-Hermsdorf; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

„Feuerhand"

Die moderne Patent-Karbidlampe. Karbidverbrauch Stunde 6 Pf. Preis m. Glocke M. 45.—

Jetzt ist es Zeit
daran zu denken, daß die Tage kürzer werden!
Gas brennt schlecht, teuer u. unbestimmt,
versuchen Sie es daher mit unserer Patent-Karbidlampe
„Feuerhand"
Die Anschaffungskosten sind einmalige, der Karbidverbrauch stellt sich bedeutend billiger als Gas und Sie sind vollständig unabhängig von der Gasanstalt.
Sperrstunden existieren für Sie nicht!
Wir führen ferner zu Fabrikpreisen sämtliche andere Systeme, desgl. sämtl. Zubehörteile zu Karbidlampen billigst.
Karbid stets am Lager zu billigsten Tagespreisen. Zurzeit Kilo M. 3,30.
Besichtigung unserer Lampen ohne Kaufzwang. Preisliste gratis und franko.
Fabrikniederlage Franz Borowicz, Berlin SO 26, Waldemarstraße 27.
1 Minute vom Moritzplatz und Oranienplatz. Fernsprecher: Moritzplatz 4635, 4636. Geschäftszeit 9—6, Sonnabends 9—3.

Zähne v. 4 M. an. Teilzahlung. Kronen 18 M. Plomben 1,50. Zahnziehen mit Einspr. höchst schmerzlind. Umarb. schlechts. Gebisse. Rep. sof. Zahnarzt Wolf, Potsdamer Str. 33, Hochb. Sprechz. 9-7.

Spezial-Behandlung
für Haut-, Harn-, Unterleibsleiden, spez. veraltete Heraliden, nerv. Schwäche, Blutuntersuchung, Salvarsan-Kuren, Leichtbehandlung, Höhensonne, Bestrahlungen. Getrennte Wartez. Spezial-Aerztl. Heilanstalt „Löser", Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntags 9-12.

Echte Perserteppiche
bis 3×4 aus Privathand gesucht. John Rosenthal, Berlin W. 8, Taubenstr. 10, Fernsprecher Zentrum 7791.

Damen-Herbst-Winterjacke und Mantel zu verkaufen. Besichtigung nach 5½ U. Pankow, Kissingenstr. 2, III Tr. r., 2. Aufg.

Verkäufe

Gardinen, Künstlergarnitur, Stores, Bettdecken, Meterware preiswert. Landsbergerstraße 13. 1326*

Schoßhunde, Stubenhündchen, junge Foxterrier, Windspiel, Schäferhunde verkauft Schaffland, Palisadenstraße 35. 84/14*

Wanduhr. Quadratmeter 30 Mark, 100 Mark Anzahlung. Hüllen, Steglitz, Birkbuschstr. 11, Fernsprecher Steglitz 2884.

Pelzwaren! Jetzt ganz bedeutend billiger, nur Gelegenheitskäufe: Kreuzfüchse, Zobelfüchse jetzt 78. Kolinskipelzkragen, Pelzmuffen jetzt 58, Herren-Pelzkragen jetzt 98 M. Riesenauswahl in allen anderen Pelzwaren jetzt fabelhaft billig. Pelzbesätze, Pelzhüte. Reparaturen, Umarbeitungen allerschnellstens. Spezial-Pelzwarenhaus, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 113/114 hochparterre. 188 N*

Nähmaschinen, auch Teilzahlung gestattet. Hahn, Prenzlauerstraße 26. 82/13

Pelzwarenwegner, Potsdamerstraße 48. Größte Billigkeit. Spottbilligste Sommerpreise für Damenpelzwaren, Herrenpelzwaren, Kinderpelzwaren. Gelegenheitskäufe aller erdenklichster Pelzarten.

Möbel

Möbeltransport. Spezialgeschäft. Berlin — auswärts. Garantie. Stein, Berlin, Diedenhofenerstraße 6. Humboldt 5508. *

Ausnahmeangebot! Schlafzimmer, Eiche, solideste Verarbeitung, komplett mit Patent- und Auflage-Matratzen, 4475.—, 5915.—, 6475.— Schlafzimmer-Spezial-Fabrik, Burgstraße 27, Bureauhaus, Börse. 1120*

Außergewöhnliche Angebote! Herrenzimmer „Max" 3900, Schlafzimmer „Hilde" 3000, Speisezimmer „Irma" 4500. Kücheneinrichtung „Hansi" 800. Bettstellen mit Stahlboden und Auflagen 300. Geschnitzte Kleiderschränke mit Vergl. 650. Große Auswahl einzelner Möbel unter Preis. Möbelhaus Kaiserling, Kastanienallee 56 (am Weinbergsweg). 1605b

Musikinstrumente

Pianos, Stutzflügel, Harmoniums, gebrauchte und neue Instrumente. Reparaturen und Stimmungen. Max Cham, Münzstraße 16. 1359*

Einzelpreise: Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten äußerst billig (Unterricht 20 — Monatsabonnement: Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.), Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienstr. 166. 1362

Berling-Pianos, neue, gute gespielte mobilste Gelegenheiten. Kottbuserstr. 5. 750*

Kaufgesuche

Glühstrumpfasche kauft zu absolut höchsten Preisen Wismer, Elsasserstr. 23a I. 1269*

Armeepistolen, 9 und 7,65 Millimeter, kauft zu höchsten Preisen Kirstein, Linienstraße 59.

Verschiedenes

Spezialist: Ehesachen, Strafsachen, Gerichtsvertretung. Neukölln, Berlinerstraße 101 (Hermannplatz). 1968

Damm, Detektive, Norden 7214, Invalidenstr. 38. Auskünfte, Beobachtungen, Verbrechen-Bearbeitung. 1748*

Erfinder. Patentbureau Bockisch, Gertraudtenstraße 18. Zentrum 7800. 782*

Schallplatten, Grammophone, kauft, repariert Bietsch, Stralsunderstraße 47. *

Angstgefühl verliert man als öffentlicher Redner, wenn man vorher Fritz Müllers „Kunst der freien Rede" liest. (2,40 M.) Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3.

Erwerbstätige Frauen erfahren, was die Frau im öffentlichen Leben bedeuten kann, durch die Broschüre „Frauenstimmen" (1,75 M.) Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3.

Steuerfragen sind Ihnen noch ein Rätsel? Bissells „Führer durch das Reichseinkommensteuergesetz" (5 M.) ist für alle. Buchh. Vorwärts, Lindenstraße 3.

„Neue Zeit", Jahrgang 1884, 1885 und 1886, lieber gebunden, verkauft. Angebote unter D. 3 Hauptexpedition „Vorwärts".

Welcher Beamte hätte kein Interesse am Besoldungsgesetz? Die Steinkopfsche Schrift „Was muß der Beamte vom Beamtenbesoldungsgesetz wissen?" klärt über alles auf. (2,40 M.) Buchhandl. Vorwärts, Lindenstraße 3.

Unterricht

Heinrich Maurers Privatzuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse. Herren-, Damenschneiderei, Wäsche, Putzkurse. Schnittzeichnen, Zuschneiden, Nähkurse. Schnittmuster. Fernsprecher: Königstadt 820.

Bialluchs Zuschneideschule, Berlin, Seydelstraße 23. Erstklassige Ausbildung in der Zuschneidekunst der Herren- und Damenschneiderei.

Dr. Fackelmanns Einjährigen-, Primaner-, Abiturienten-Anstalt, Hohenzollerndamm 198. Freiprospekt! 30/15*

Technikerschule, Reinickendorferstraße 3. Elektrotechnik. Maschinenbau. Tagesschule. Abendschule. 88/5*

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungs-Baumeister a. D., Berlin, Neanderstraße 3. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Abendlehrgänge. Tageslehrgänge. *

Kaufmännische Privatschulen Ludwig Rösner, Görlitzer Bahnhof, Neue Promenade 3, Spittelmarkt, Seydelstr. 1. Halbjahres-, Jahreslehrgänge zur Ausbildung für den kaufmännischen Beruf sowie Einzellehrgänge. Einzelunterricht. 1915*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

5000 Mark verdienen gewandte Stadtvertreter bei Dewey, Belle-Alliance-Platz 6a, 10—1, 3—6. *

Geübte Glühlampenarbeiterinnen gesucht. Lehrterstraße 18/19, IV. Etage links. 82/9

Welcher Heizungsmonteur mit Werkzeug würde mit Heizungs-Ingenieur Kesselreinigungs-Institut gründen? Angebot unter H. Wach, Berlin N. 24, postlagernd. 1600b

Straßenhändler und Hausierer für konkurrenzlos billige Wandbilder sucht Bergsohn, Burgstraße 29. 190/1a

Plisseebrennerin, Dampftisch, Plisseemaschine, sucht Heymann, Schäftelheiderstraße 26. 83/16